

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 98 (2001)
Heft: 5

Rubrik: Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

- **Positiver Abschluss:** Die drei Sozialwerke AHV, IV und EO haben im Jahr 2000 bei insgesamt 37'561 Millionen Erträgen und 37'120 Millionen Aufwendungen mit einem Gesamtüberschuss von 441 Millionen Franken abgeschlossen. 1999 resultierte ein Defizit von 766 Millionen, für 2000 war ein Defizit von 1'152 Millionen budgetiert. Die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber stiegen gegenüber 1999 um 4,6 Prozent auf 24'652 Millionen. Darin widerspiegelt sich laut Mitteilung des Bundesamtes für Sozialversicherung die wirtschaftliche Erholung, welche sich auf die Zahl der Beschäftigten und die Lohnsumme positiv auswirkte.

- **Lobby für die Familien:** Gegen 70 VertreterInnen von kantonalen Stellen sowie Fachverbänden im Bereich Familienfragen diskutierten Mitte März auf Einladung der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) wirksame Massnahmen für die Verbesserung der Familiensituation. Ein wichtiges Thema war der Familienlastenausgleich; dazu hatte die EKFF im letzten Oktober eine Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien, Bass, veröffentlicht. Die Diskussionen bestätigten, dass die Familienpolitik einen höheren Stellenwert erhalten und dringend die Familienarmut reduziert werden muss. Die kantonalen Stellen und Fachverbände, auch dies wurde deutlich, wollen bessere Informationen über Erfahrungen und Projekte. Sie wünschen eine Vernetzung der verschiedenen Akteure in der Familienpolitik, mit dem Ziel, eine gewichtige Lobby für die Familien zu bilden.

- **Wirkungsanalyse KVG:** Die Versicherten sind mit dem Gesundheitswesen und

der medizinischen Versorgung zufrieden. Hingegen empfinden sie die Belastung ihres Haushaltsbudgets durch die Prämien als hoch. Von den Möglichkeiten, die individuellen Kosten zu optimieren, machen die Versicherten beschränkt Gebrauch. In Bezug auf die medizinischen Standards und im internationalen Vergleich sowie gemäss den wissenschaftlichen medizinischen Empfehlungen sind die Leistungen der Grundversicherung umfassend. Dies sind Teilergebnisse aus neuen Berichten der Wirkungsanalyse zum Krankenversicherungsgesetz (KVG), wie sie das BSV Ende März präsentierte. Für diese Wirkungsanalyse hat das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) 23 wissenschaftliche Einzelprojekte in Auftrag gegeben. Acht Berichte sind in den letzten drei Jahren veröffentlicht worden; neu liegen die Ergebnisse aus neun weiteren abgeschlossenen Studien vor.

- **Psychische Krankheiten nicht ignorieren:** Unter der Federführung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde Anfang April der Weltgesundheitstag durchgeführt. Er war der mentalen Gesundheit gewidmet, denn psychische Störungen stellen für die betroffenen Personen und Familien eine grosse Belastung dar. In der Schweiz wiesen verschiedene Organisationen aus dem Bereich mentale Gesundheit an Veranstaltungen auf ihre Aktivitäten hin, und das Bundesamt für Gesundheit hielt fest: «Auch in der Schweiz beobachten wir eine zunehmende Diskrepanz zwischen der stets teurer werdenden körperlichen Gesundheit und der stagnierenden psychischen Gesundheit und dem Wohlbefinden. Besorgniserregend ist dabei der besonders

schlechte psychische Gesundheitszustand vieler Jugendlicher.» Es gelte die Ausgrenzung zu bekämpfen, denn es gebe keine ethischen, wissenschaftlichen oder sozialen Gründe, Menschen mit psychischen Problemen aus der Gemeinschaft auszuschliessen. Das BAG erarbeitet im Auftrag des Bundesrats einen Entwurf für ein Psychologie- und Psychotherapiegesetz, das 2005 in Kraft treten soll. Mit diesem Gesetz soll die Aus- und Weiterbildung von qualifizierten Fachleuten im Bereich Psychologie und Psychotherapie geregelt werden.

- **11. AHV-Revision:** Anfang April verabschiedete die vorbereitende Nationalratskommission die Vorlage mit 9 gegen 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen zuhanden des Nationalrates. Die NZZ kommentier-

te mit Blick auf das Abstimmungsergebnis der Kommission, das Geschäft scheine noch nicht reif zu sein, «Unzufriedenheit herrscht allenthalben.» Ungehalten seien die einen über die Verdoppelung der sozialen Abfederung der Rentenkürzungen beim vorzeitigen Altersrücktritt von 400 Millionen auf 800 Millionen Franken. Anderen sei dies viel zu wenig. Dritte seien unzufrieden über die Sparmassnahmen bei den Witwenrenten (ihre Gleichstellung mit den Männern bringt im Modell des Bundesrates 800 Millionen Franken Einsparungen, in der Version der Kommission 500 Mio), und wiederum andere bekämpften ein weiteres Mehrwertsteuerprozent für die AHV. Die 11. AHV-Revision ist für die Sondersession im Mai traktandiert. *bsv/bag/nzz/gem*

Vermittlungsstelle DolmetscherInnen in Bern

Seit kurzem vermittelt Caritas Bern geschulte DolmetscherInnen für eine optimale Verständigung zwischen MigrantInnen und privaten oder öffentlichen Stellen und Personen im Kanton Bern. Denn, so die InitiantInnen: «Gegenseitiges Verstehen setzt klare, für alle nachvollziehbare und präzise Verständigung voraus.» Die DolmetscherInnen arbeiten nach transparenten Qualitätskriterien und vermitteln nach Bedarf auch kulturelle Hintergründe zu Gesprächssituationen. Caritas Bern sorgt für die ständige Aus- und Weiterbildung in verschiedenen Fachgebieten. Die Vermittlungsstelle richtet sich insbesondere an Institutionen und Beratungsstellen des Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereichs; an öffentliche Auftraggeber wie Verwaltungsstellen,

Gerichte, Polizei usw. sowie an private Auftraggeber wie Anwaltsbüros, Arztpraxen etc. Caritas Bern garantiert Vermittlungen innerhalb von maximal 48 Stunden; die Vermittlungsstelle erledigt alle administrativen Aufgaben wie Honorare. Vermittelt werden DolmetscherInnen für die Sprachen Albanisch, Arabisch, Bosnisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Kroatisch, Kurdisch, Persisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Serbisch, Tagalog, Tamil, Thailändisch, Türkisch, Vietnamesisch (weitere Sprachen auf Anfrage). *pd/gem*

Vermittlung/Informationen: Vermittlungsstelle DolmetscherInnen der Caritas Bern. **Telefon:** 031/378 60 20, **Mo–Fr von 9–12 Uhr.** **Fax:** 031/378 60 01, **e-mail:** vermittlung.dolmetsching@caritas-bern.ch